

Gespräch zwischen Herrn Botschafter A. Hegner
und Herrn K. Goldschlag, Deputy Under-Secretary of
State for External Affairs am 15. Mai 1979 in
Ottawa

Anwesend : K. Goldschlag (G.), Deputy Under-Secretary,
MAE
J.H. Taylor (T.), Assistant Under-Secretary,
MAE
M. Baudouin, Director General, Bureau of
European Affairs, MAE
D. Thorpe, Europe III Division, MAE

Botschafter A. Hegner (H.)
Botschafter F.-C. Pictet (P.)
W. Fetscherin, Botschaftssekretär; Protokoll

Die Schweiz und die UNO-Mitgliedschaft

- H. informiert die kanadische Seite über den derzeitigen Stand der Angelegenheit in der Schweiz und das für die nächste Zeit vorgesehene Verfahren. Rein aus parlamentarischer Arithmetik komme eine Volksabstimmung vor Frühjahr 1981 gar nicht in Frage.

Besonders die sich im Zusammenhang mit der spezifischen schweizerischen Neutralität stellenden Fragen (Truppenaufgebot, etc.) dürften zu einem der Angelpunkte des entsprechenden Berichtes des Bundesrates werden, welcher auf Beginn 1980 erwartet werde.

- P. fügt bei, vor allem in theoretischer Hinsicht bestünden gewisse Schwierigkeiten der rechtlichen Uebereinstimmung der Charta mit den Schweizer Neutralitätsprinzipien, weniger hingegen in der Praxis, wie z.B. der Fall Oesterreich zeige.

./.



- G. erwähnt Beispiele anderer Staaten, so etwa Japan, welche gerade hinsichtlich der Truppenfrage Restriktionen unterworfen und dennoch seit langem UNO-Mitglieder sind. Kanada mit seiner Erfahrung im "Peace keeping" wäre jederzeit bereit, uns bei der Lösung diesbezüglicher Probleme behilflich zu sein.
- H. weist darauf hin, dass die Schweiz finanziell bereits an einigen einschlägigen Aktionen teilgenommen habe. Dies sei allerdings für das noch laufende UNO-Unternehmen im Libanon aufgrund der politischen Implikationen nicht der Fall gewesen.
- G. unterstreicht die kanadische Zurückhaltung in diesem Falle und weist darauf hin, dass Kanada im Libanon nur auf Generalsekretär Waldheims Insistieren eine temporäre Verpflichtung übernommen habe. Er möchte andererseits wissen, wie sehr die allfällige finanzielle Mehrbelastung bei der Vorbereitung der Bevölkerung auf einen möglichen Beitritt eine Rolle spiele.
- H. meint, das entsprechende Engagement der Schweiz sei bereits so beträchtlich, dass es sich hier um ein "faux problème" handle.

Wichtig sei nun die Informationsarbeit, hinsichtlich welcher vor allem nicht aus dem Auge gelassen werden dürfe, dass der Durchschnittsschweizer es im allgemeinen nicht schätze, sich in seiner Meinungsbildung beeinflusst zu fühlen.

Genfer Konventionen und internationale Organisationen

- H. weist darauf hin, dass mit der Ueberweisung einer Botschaft an die Räte zur Ratifizierung der Zusatzprotokolle 1 und 2 der Genfer Konvention in der zweiten Hälfte dieses Jahres gerechnet werden könne. Die Schweiz wäre Kanada dankbar um eine initiative Haltung in der UNO hinsichtlich der Durchsetzung dieser Protokolle, vor allem in Afrika, wo die Verletzung der Genfer Konvention besonders alarmierende Masse angenommen habe.
- P. fügt bei, dass die Integrität der Genfer Konvention leider bei der Behandlung in der UNO durch Begriffe wie "gerechter bzw. ungerechter Krieg" gefährdet werde.
- H. unterstreicht die gute Zusammenarbeit zwischen der schweizerischen und der kanadischen Delegation in der UNESCO und weist auf die Gefahr einer Erosion der Organisation unter den gegenwärtigen Umständen hin.

- G. erwähnt in dieser Hinsicht die "Israelfrage" in der WHO und meint, dass diese Organisation Gefahr laufen könnte, wie die ILO, in eine peinliche Finanzlage zu geraten. Das Erstaunliche sei, dass mit Ausnahme der karibischen Staaten alle Entwicklungsländer die arabischen Vorstellungen unterstützen würden. Seines Erachtens sollte Kanada deutlich gegen einen Ausschluss Israels stimmen, aber kein "walk out" veranstalten.
- H. unterstreicht, dass die Schweiz bereits eine starke Position in dieser Hinsicht angekündigt habe. Im übrigen möchte er der kanadischen Seite den Vorschlag Tansanias zu einer Sitzverlegung der WHO nach Arusha in Erinnerung rufen.
- G. ist der Ansicht, auch Kanada könne einer derartigen Verzettelung der UNO-Sitze nicht zustimmen. Wien sei diesbezüglich noch eine Ausnahme gewesen.

Südliches Afrika

- G. meint, die Initiative der fünf Westmächte in Namibien sei an einem kritischen Punkt angelangt. Kaum hätten die britischen Wahlen zu einem Sieg der Konservativen geführt, behaupte Südafrika, die neuen Lösungsvorschläge der Fünf entsprechen nicht mehr den letztjährigen. Es sei offensichtlich, dass Südafrika im Zusammenhang mit dem Problem der SWAPO-Basen vor allem Anstoss daran nehme, durch den Vermittlungsplan mit der SWAPO auf gleiche Ebene gestellt zu werden. Das Scheitern der westlichen Initiative schüfe eine peinliche Lage, da sie die Ueberlegenheit Südafrikas über die Westmächte demonstrieren und Sanktionen nach sich ziehen würde, welchen zwar Kanada, aber nicht z.B. Grossbritannien oder die USA zustimmen könnten.

Es frage sich nun, ob einerseits Südafrika sich überhaupt bei einer allfälligen Regelung der Frage der SWAPO-Basen als befriedigt erklären würde und andererseits, wie gross der Manövriewille der afrikanischen Frontstaaten in dieser Beziehung sei.

Was Rhodesien anbelange, so sei Kanada vorläufig den Wahlen gegenüber nicht vollständig negativ eingestellt; es halte aber eine kanadische Anerkennung Muzorewas vor der Commonwealth-Konferenz in Lusaka im August dieses Jahres nicht für möglich. Eventuell sei vorauszusehen, dass Kanada an diesem Treffen erneut um eine Intervention - die dritte in südafrikanischen Angelegenheiten im Rahmen des Commonwealth - gebeten werde.

- H. erklärt die bisherige schweizerische Rhodesienpolitik und betont, die Schweiz hege vorläufig keine Anerkennungspläne.
- G. weist auf die schwierige kanadische Situation für den Fall hin, dass Grossbritannien die neue rhodesische Regierung anerkenne. Kanada habe die Sanktionen gegen Rhodesien bisher vor allem mit dem Argument der Unterstützung der englischen Politik begründet. Im allgemeinen müsse wahrscheinlich zugegeben werden, dass das Wahlergebnis einigermaßen aussagekräftig und nur beschränkt unter Druck zustande gekommen sei. Als fragwürdig hingegen könne der Umstand bezeichnet werden, dass ein Grossteil der Bevölkerung nicht an der Festlegung der konstitutionellen Grundlagen der Volksabstimmung teilgenommen hätte.
- T. meint, die Schwierigkeit der Einführung von Sanktionen im südlichen Afrika liege vor allem darin, dass je nach Region verschiedene Massnahmen erforderlich wären : während in Namibien kurzfristige Sanktionen ohne weiteres effizient sein könnten, wäre ein Erfolg in Rhodesien und Südafrika nur mit langfristigen Restriktionen denkbar.
- G. hält die Regelung des Namibien- und des Rhodesienkonflikts für entscheidend im Zusammenhang mit der Zukunft der kanadischen Afrikapolitik. Kanada habe mit der Mehrzahl der afrikanischen Staaten gute Beziehungen und konzentriere einen Grossteil seiner Hilfsprogramme auf diesem Kontinent. Nur vor diesem Hintergrund sei der Umstand zu erklären, dass die afrikanischen Staaten bisher Kanadas Beteiligung an der Aktion der fünf Westmächte zwar "nicht vergessen", aber immerhin "verziehen" haben. Gar nicht zu sprechen von der Gefahr des Eindringens von Staaten wie der Sowjetunion in das afrikanische Machtvakuum, etc.
- H. orientiert die kanadische Seite über den kürzlichen Besuch des südafrikanischen Aussenministers Pik Bothas in Bern. Jener habe den Eindruck gemacht, sich in einer ausserordentlich isolierten Situation zu befinden und über die Mentalität der westlichen Oeffentlichkeit kaum informiert zu sein. Vermehrte Diskussionen mit den Südafrikanern seien deshalb sicher erforderlich, umsomehr, als Botha guten Willens zu sein scheine und vor allem im Falle Namibiens anscheinend eine einseitige Unabhängigkeitsdeklaration der Turnhallenallianz vermeiden wolle. Die Schweiz sei im übrigen von UNO-Generalsekretär Waldheim gebeten worden, zuhanden der UNTAG medizinisches Hilfsmaterial zur Verfügung zu stellen.

Anlässlich des Schweizer Aufenthaltes hätte Botha sein Misstrauen gegenüber der UNO und den restlichen fünf Vermittlungsmächten ausgedrückt und, vorläufig in hypothetischer Form, den Gedanken einer neutralisierten Position Südafrikas dargelegt.

Hinsichtlich des südafrikanischen Problemkomplexes spielen im übrigen Nigeria eine besonders grosse Rolle. Angesichts der betont oppositionellen Haltung dieses Landes gegenüber Pretoria sei es für den schweizerischen Aussenminister, Bundesrat Aubert, anlässlich seiner kürzlichen Afrikareise erstaunlich gewesen, zu erfahren, dass Nigeria auf informeller Ebene nach wie vor einige Kontakte mit Südafrika aufrechterhält.

- G. meint, hier handle es sich um ein Beispiel mehr für die Tatsache, dass in Afrika häufig offizielles Verhalten und reale Interessen nicht kongruent seien.

Zypern

- H. erwähnt das letzte Treffen zwischen der griechischen und türkischen Volksgemeinschaft vom 16. Mai 1979, dessen Vorbereitung ungenügend gewesen sei, und an welchem sich die griechische Seite leider sehr unklug verhalten habe. Die Reaktion der türkischen Gemeinschaft hätte deshalb nicht anders erwartet werden können. Die Situation sei gemäss dem türkischen Botschafter in Bern, Bilge, schlimmer geworden; die Problematik liege vor allem darin, dass es auf keiner Seite mehr überlebende Politiker aus der Zeit der alten zypriotischen Strukturen gebe.
- G. bedauert ebenfalls den Ausgang des Treffens und befürchtet eine weitere Erosion der Initiativen. Offensichtlich sei keine der beiden Seiten willens, eine Lösung zu finden. Seit 1968 könne nur Immobilität festgestellt werden, und die Erfahrung zeige, dass die Situation meist nach jeder Verhandlungsrunde noch verfahrenere sei. Selbst eine Einflussnahme auf Athen und Ankara wäre zur Zeit sinnlos, da beide Hauptstädte keinen Einfluss mehr auf die entsprechenden Gemeinschaften in Zypern besässen. Eine Entschärfung des Zypernproblems sähe er eventuell für den Fall der Lösung der Aegaeisfrage zwischen Griechenland und der Türkei. Falls bis im Juni dieses Jahres kein weiterer Erfolg zu verzeichnen sei, beabsichtige Kanada, in der Sicherheitsratsdebatte eine Erklärung über den Rückzug ihrer Sicherheitskräfte in Zypern abzugeben. Die kanadischen Truppen hätten zwar in den 15 Jahren ihres dortigen Aufenthaltes ein gutes Training erhalten, aber schliesslich müsse nach dem "Peace keeping" auch einmal das "Peace making" erfolgen. Kanada sei zudem der Ansicht, dass die Anwesenheit der UN-Streitkräfte immer mehr zu einem Teil des Zypernproblems würde. Seines Erachtens sei eine Lösung des Konfliktes nur durch eine kontinuierliche Diskussion denkbar. Dazu sei der UN-Generalsekretär aus verschiedensten Gründen ungeeignet. Erforderlich sei vielmehr eineständig zur Verfügung stehende

Persönlichkeit, am besten ein Europäer, eventuell Skandinavier, welcher die pluralistische Gesellschaft Zyperns verstehe und beim Entstehen von Problemen bei den Verhandlungen jederzeit zwischen den Gemeinschaften vermitteln könne.

Türkei

- H. erwähnt im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Stützungsaktion der OECD in der Türkei, dass die Schweiz diese Massnahme begrüsse und beschlossen habe, daran mit einer bisher noch nicht endgültig fixierten Summe teilzunehmen.
- G. weist auf die Schwierigkeiten Kanadas hin, bis zum 30. Mai die nötigen Mittel im Zusammenhang mit einem Land aufzubringen, welches nicht auf der Liste der hilfebedürftigen Staaten stehe. Andererseits sei die Türkei ein NATO-Partner, weshalb auf ministerieller Ebene - Entscheid des neuen Kabinettes vorbehalten - eine Hilfeleistung in unbekannter Höhe festgelegt worden sei.

Malta

- H. informiert die kanadische Seite über Frankreichs Anfrage für eine eventuelle schweizerische Beteiligung an Hilfeleistungen für Malta. Die Schweiz lehne allerdings eine solche ab, da es sich lediglich um eine Kompensationsleistung für die Schliessung der britischen Basen handeln würde, und wir zudem bereits mit einem zur Zeit in Malta laufenden bilateralen Projekt Schwierigkeiten hätten.
- G. erwähnt, dass auch Kanada um Unterstützung angefragt worden sei und diese abgelehnt habe, da Maltas relativ gute Finanzlage eine solche Aktion nicht rechtfertige.

KSZE

- H. unterstreicht, dass die bisherigen drei Expertentreffen nach schweizerischer Ansicht besser als erwartet vonstatten gingen. Eventuell sollte allerdings künftig eine ausgewogenere Rotation der Sitzungsorte für diese Konferenzen beobachtet werden.

Was das Treffen von Madrid anbelange, so sei es wohl noch zu früh, die hierarchische Ebene der Delegationsleiter festzulegen. In zeitlicher Hinsicht sei die Schweiz der Ansicht, dass man für Madrid ein Abschlussdatum festlegen müsse. Wichtig sei ausserdem, dass die Anzahl der Themen nicht das Ausmass von Belgrad annehme.

Was das schweizerische Projekt hinsichtlich der Erweiterung des Informationsaustausches und der Arbeit von Journalisten betreffe, so dürfte dessen Aktualität angesichts der gegenwärtigen Situation (neueste DDR-Massnahmen, usw.) noch zugenommen haben.

Im Zusammenhang mit den drei sowjetischen Vorschlägen (Nichtangriffspakt und Ankündigung von Militärverschiebungen und Marinemanövern) sei folgendes festzustellen. Der Gebrauch des Ausdruckes "Nichtangriffspakt" wäre wohl heute allgemein unerwünscht. Ausserdem sollte ein solcher Vertrag auch konventionelle Waffen umschliessen. Die Idee erhöhter Transparenz bei Truppenverschiebungen und Flottenmanövern werde grundsätzlich von der Schweiz als positiv gewertet.

- G. meint, ein Treffen auf Ministerebene wäre empfehlenswert, da ein solches seit der Unterzeichnung der Schlussakte nicht mehr stattgefunden habe. Gerade deshalb aber sei Kanada ebenfalls an einer zeitlichen Limitierung der Konferenz interessiert. Anders als die Schweiz sei Kanada prinzipiell nicht gegen Vorverhandlungen über die Thematik eingestellt, da durch ein vorgängiges Ausscheidungsverfahren die Chancen für eine erfolgreiche Behandlung erhöht würden.

Er habe kürzlich Gelegenheit gehabt, sich im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für Madrid mit dem sowjetischen Vizeausserminister Semskow anlässlich dessen Besuch in Ottawa zu unterhalten. Hinsichtlich der Menschenrechtsfrage seien dabei beide Seiten übereingekommen, dass deren Behandlung à la Goldberg nicht wünschbar wäre. Im übrigen sei die Sowjetunion, nicht ganz zu Unrecht, der Ansicht, dass bisher in den KSZE-Verhandlungen zuviel Gewicht auf die Kooperation und zu wenig auf den Sicherheitsaspekt gelegt worden sei. Im Zusammenhang mit den jüngsten sowjetischen Vorschlägen habe Semskow auf den kanadischen Einwand, dass in der UNO-Charta bereits

die Nichtangriffsformel enthalten sei, darauf hingewiesen, es sei nicht das erste Mal, dass neben der Charta eine derartige Konvention entstehe. Kanada fürchte allerdings, dass die Projekte vom bedeutend wichtigeren Thema der Abrüstung ablenken würden. Im Zusammenhang vor allem mit dem Vorschlag betreffend die Flottenmanöver sei sich im übrigen die Sowjetunion der sehr zurückhaltenden Einstellung der USA bewusst und scheine angesichts der bevorstehenden Ratifikationsdebatte für SALT II im Senat nichts unternehmen zu wollen, was einer Annahme dieses Instrumentes im Wege stehen könnte.

Wichtig sei in jedem Falle, dass Madrid nicht nur zu einer kritischen Debatte werde, sondern die Konferenzteilnehmer dort im Zusammenhang mit der Schlussakte auch Erfolge demonstrieren würden.



(W. Fetscherin)

p.B.15.21.Can. - HT/ra

Bern, den 8. Juni 1979

An die Politische Direktion
 Politische Abteilung II
 Politische Abteilung III

| | | | | | | |
|---------------------|--------|----------|--|-------|--|-----|
| ab | SPE/WR | | | | | a/a |
| Datum | 11.6 | | | | | |
| Visa | f | f | | | | f |
| EPO | | 11.06. 9 | | - 5 f | | |
| Ref. p.B.15.21.Can. | | | | | | |

./.

Ich erlaube mir, Ihnen in der Beilage den Bericht der Schweizerischen Botschaft in Ottawa über die Unterredungen, die der Unterzeichnete und Herr Botschafter Pictet am 15. Mai 1979 mit dem kanadischen stellvertretenden Unterstaatssekretär K. Goldschlag hatten, zukommen zu lassen.

Politische Abteilung I



Anton Hegner

Beilage erwähntKopie an:

Schweizerische Botschaft in Ottawa
 Politisches Sekretariat
 Herrn J. Boillat
 Herrn P. Vogler